

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 M., monatlich 22 M., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Oktober 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 M., die übrigen halbtägigen: Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 M., die Zelle. Rabatt wird nicht erteilt.

Nr. 119

Zum Programm der Reichsregierung

Die Deutsche Nationalversammlung habe am 7. Oktober einen sogenannten Großen Tag, indem man den Feststellungen der politischen Tagespresse aller Parteien glauben kann. Wir selbst haben bisher weder die Tagung der Deutschen Nationalversammlung vermisst, noch haben wir von ihren Verhandlungsergebnissen bis jetzt für die Arbeiterschaft besonders Bemerkenswertes oder Ersprießliches feststellen können.

Und wenn wir trotzdem einmal die Deutsche Nationalversammlung in unseren Spalten wieder besonderer Beachtung würdigen, so nur deshalb, weil der Reichskanzler Bauer am 7. Oktober ein Regierungsprogramm entwickelt hat, das sich in vielen Punkten mit der Arbeiterschaft befaßt. Die politische Tagespresse macht im allgemeinen von dieser Programmrede ein großes Amt, während wir das Gefühl haben, daß der jetzige Reichskanzler Bauer nach seinem Herzen weit lieber wieder zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wäre, als die Verantwortung für den durch Sabotage von rechts wie links verplühten Regierungskurs tragen zu müssen.

Es muß einem allen und erprobten Gewerkschaftler innerlich bitter weh tun, wenn er wohl am Steuer des Staatsschiffes sitzen soll, dessen Fahrtrichtung aber von Genratsmännern und angeblichen Demokraten abhängig ist, und zwar nur infolge Uneinigkeit der Arbeiterschaft auf zu einer Zeit, wo Geschlossenheit und Einigkeit ihr eine weit größere Ernte an persönlichen und wirtschaftlichen Freiheiten als je zuvor bringen könnte.

Im der Mitteilung des Reichskanzlers, daß die Reichsregierung durch zwei Vertreter der Demokraten erweitert worden sei, kommt unbedingt eine Niederlage der Arbeiterschaft zum Ausdruck; da es sich dabei nicht um die Mitarbeit wirksamer demokratischer oder volksfreundlicher gewählter Volksvertreter handelt, sondern um Vertreter und Verfechter der alten privatrechtlichen Wirtschaftsordnung, die in Wirklichkeit erst zum Weltkrieg und zum ganzen Elend unserer Tage geführt hat. Der Reichskanzler sagte zwar, das Programm des Kabinetts sei trotz dieser „demokratischen“ Ergänzung der Reichsregierung das gleiche geblieben. Nach seiner Auffassung sicherlich; aber jene seiner neuen Mitarbeiter wird darüber wesentlich anders sein. Theoretisch werden sie gegen das Bauerische Regierungsprogramm kaum etwas einwenden, aber praktisch werden sie ebensoviele Verläumdungen; um das Programm der Theorie und des guten Willens nicht zur Tat werden zu lassen. Denn diese Demokraten von heute sind nur die Liberalen von ehemals.

Mit Dankbarkeit und Freude stellte der Reichskanzler fest, daß wieder ein Zug nach Arbeit, nach Konsolidierung besonders durch die Arbeiterschaft gebe. Die wilde, stets bereite und unbedenkliche Streiklust sei verraucht. Die gewerkschaftliche und politische Schulung mache sich wieder überall geltend. Dadurch sei Aussicht vorhanden, daß der Streik wieder allgemein nur als allerletztes Mittel gelte. Das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel werde von der Regierung stets geachtet werden; doch sollen für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten gesetzliche Regeln aufgestellt werden, die gleich der Zivilprozessordnung das Verfahren regeln sollten. Das Faustrecht der nackten Gewalt soll also durch ein geregeltes Gerichtsverfahren mit bindenden Urteilen ersetzt werden.

Alle, böse Schulden gegenüber der Arbeiterschaft sollen ferner durch die Schaffung des Betriebsrätegesetzes in allerhöchster Zeit abgetragen werden. Dieses Gesetz soll in Verbindung mit einem Gesetz über die Wirtschaftsräte die Arbeiterschaft an der Entwicklung der Wirtschaft mitbeteiligen und ihr Hausbesitzerrechte geben, wo sie bisher nur schlecht gedankte Pflichten hatte. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen Anfang nächsten Jahres stattfinden, und die zu den Wirtschaftsräten einige Wochen später folgen. Damit soll die ganze bisherige provisorische Rätefrage auf eine gesetzliche endgültige Grundlage gestellt

werden. Und auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sei ein Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung, das den Arbeitsstunden tag sicherstellen soll. Eine Umgestaltung der vielfach mißbrauchten Arbeitslosenfürsorge soll durch eine verstärkte Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose und schließlich durch eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung erfolgen.

Wir leben also, an Versprechungen und besseren Aussichten fehlt es nach diesem Regierungsprogramm für die Arbeiterschaft nicht. Wir zweifeln nicht daran, daß es die aus Arbeiterkreisen hervorgegangenen Regierungsmänner in dieser Hinsicht ehrlich mit der Arbeiterschaft meinen, und alle Kräfte daransetzen werden, um die zukünftige Lebens- und Wirtschaftsordnung für das arbeitende Volk in Deutschland besser und freier zu gestalten. Aber wir fürchten nicht minder, daß diese Bemühungen durch die bürgerlichen Parteipolitiker derart verwässert werden, daß kein Mensch damit wird zufrieden sein können.

Denn gerade aus dem übrigen Teile der Programmrede des Reichskanzlers, soweit er sich nicht mit Arbeiterfragen befaßt, tritt eine gewisse Unklarheit, Unsicherheit und flüchtige Erörterung über die Zustände hervor, die sich in anderen Schichten des Volkes als weit verhängnisvoller denn alle Fehler und Kurzschlichkeiten auf Arbeiterseite für das gesamte Volksleben zeigen. Eine moralische Erkrankung ohnegleichen stelle in dieser Richtung der Reichskanzler fest, die es mit allen Mitteln, mit aller Erbarmungslosigkeit ohne irgendein Ansehen der Person zu bekämpfen gelte. Gerade hier zeigt sich der Giftkeim, von dem aus das ganze Volksleben moralisch und wirtschaftlich vergiftet wurde und noch täglich wird. Vor dem Kriege schon erfolgte dies durch die privatrechtliche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, und zwar unter dem Schutze der „Gewerbetreibend“ und des „freien Spiels der Kräfte“, während des Krieges unter dem Schutze der „gepanzerten Faust“ durch millionenfache Erdrosselung der Menschenwürde hinter Kasernenmauern, an Erzergisplätzen, im Schützengraben und hinter Grabtörnen in bis in die letzten Tage in den Gefangenenlagern; durch „Requisitionen“, Verschleubungen, Verschleuderung und Unterschlagung von Meeres- und Feldbesudung an und hinter allen Fronten; durch die jeder Volks- und Vaterlandsleute baren Kriegsgewinnler, Schieber und Wucherer in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr der Gegenwart bis hinüber zu den von einer vaterlandslosen Offizierskamarilla verführten selbgrauen Abenteurern in Kurland, Livland und Estland. Überall Sabotier, moralische Verplümpfung...

Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit der große Schaden, der durch die parteipolitische Spaltung der Arbeiterschaft erwachsen ist. Hätte die Reichsregierung eine unbestrittene Mehrheit der politischen Arbeitervertreter in der Nationalversammlung hinter sich, so wäre die ganze Kompromisslei mit den bürgerlichen Parteien einfach überflüssig. So wie die Dinge aber jetzt liegen, kann weder der Reichskanzler noch ein anderer Staatsmann in Deutschland eine Politik betreiben, die uns wirklich aus den erdrosselnden Netzen der privatrechtlichen Wirtschaftsordnung herausführen könnte.

Die Zersplitterung der Arbeiterschaft und deren geistige Zerschlagung bis weit in die Gewerkschaften hinein raubt uns die Kräfte und die Zeit, alle jene Maßnahmen und Vorbereitungen zu treffen, die unbedingt nötig wären, um die Deutsche Nationalversammlung und Reichsregierung im Interesse des gesamten werktätigen Volkes Deutschlands zu einem Machtfaktor zu machen, deren Beschlüsse und Maßnahmen den Volksausbeutern in Industrie wie Handel und Finanzwelt Respekt einflößen würden. Daber ist diese Schwäche oder Ohnmacht der Deutschen Nationalversammlung sowie der deutschen Reichsregierung nichts anderes als ein Spiegelbild der Schwäche der deutschen Arbeiterschaft selbst. Das gilt es zu bedenken, wenn wir das Regierungsprogramm und die Tätigkeit der Nationalversammlung mit dem Maße der Kritik messen wollen, zu dem wir aus uns selbst heraus berechtigt sind. Sorge daher jeder für seinen Teil dafür, daß dies in Zukunft anders werde!

Wo bleiben die Gewerbeinspektoren?

Es ist bekannt, daß schon vor dem Kriege die Gewerbeaufsicht gar nicht so gehandhabt wurde, wie es im Interesse des Lebens und Schutzes der Arbeiter erforderlich ist. Im Kriege verlagte die Gewerbeaufsicht ganz. Sie muß leider festgestellt werden, daß — gerade im Buchdruckgewerbe — die Gewerbeaufsicht immer noch nicht funktioniert, obwohl sie nötiger denn je ist, denn durch den Krieg mit seinem regelmäßigen „Schnellhub“, häufigen Personalwechsel usw. sind in den Druckereien auch unbillbare Zustände eingerissen, die Leben und Gesundheit der Buchdrucker gefährden.

Wer in vergangener und neuerer Zeit in mehreren Druckereien gearbeitet hat, wird bestätigen müssen, in welchen dicken Wolken einem der fingerdick in den Rosten ruhende Staub beim Sehen entgegenliegt. Solche „verbrechliche“ Druckereien — und es gibt deren genug — sind ein wahrer Herd für Berufskrankheiten. Man muß sich wundern, wie sich Gehilfen in solchen Schmutztempeln wohlhalten können, wenn andererseits auch nicht verkannt werden darf, daß viele Prinzipale Beschäftigten wie Kastenausblasen mit größtem Mißtrauen beobachten, weil diese ja nicht bezahlt werden; die Gesundheit ihrer Gehilfen ist ihnen wertvoll. Auch in den Maschinenläden herrschen die gleichen Zustände. Die Schutzrichtungen sind unbrauchbar und die an den Maschinen Arbeitenden in steter Lebensgefahr, was natürlich von Fall zu Fall erst an die Öffentlichkeit kommt, wenn es zu spät und das Unheil da ist.

Der Tatsache der Gefährdung von Leben und Gesundheit unserer Gewerbeangehörigen steht die andre schwerwiegende gegenüber: unsere Kranken- und Unfallsfälle sind in keinem Steigen begriffen! Den Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinungen nachzugehen und sie zu beseitigen, ist unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit. Ford' deshalb mit der bisherigen Schlamperei! Unsere nächste Forderung ist: Schärfste Kontrolle der Betriebe durch eine genügende Anzahl von Gewerbeinspektoren!

Chebnitz.

G. N.

Vorschlag zur Gehilfenprüfung

Wie kommt es nur, daß viele junge Gehilfen bei der Gehilfenprüfung mit guten Resultaten abkommen und sich dann, wenn sie in andern Druckereien arbeiten, als vollkommen minderwertige Gehilfen entpuppen? Wir haben hier ein Kapitel zum Punkte „Gehilfenprüfung“, das meiner Ansicht nach zu wenig öffentlich behandelt wurde: die Schiebung von Gehilfenprüfungen.

In kleineren und mittleren Druckereien, wo der Lehrling während seiner Lehrzeit tüchtig mit gutem Gese „gefüttert“ wird, ist die Gehilfenprüfungsaufgabe oft die erste bessere Druckflache, die der junge Mann in die Hände bekommt. Das wissen der Chef und die in der betreffenden Druckerei beschäftigten Gehilfen ganz genau und greifen natürlich dem ratlos dastehenden Lehrling tüchtig unter die Arme. Was wäre es auch für eine Blamage für die Kollegen der Druckerei X, wenn es hieße: Der Lehrling der dortigen Druckerei hat die Gehilfenprüfung nicht bestanden! Würde man in diesem Falle dem betreffenden Prinzipal nicht etwas mehr auf die Finger legen bei Einreichung neuer Lehrlinggenehmigungen? Deshalb greift man also dem jungen Mann unter die Arme; er besteht die Prüfung und die Firma kann weiterarbeiten. Der junge Gehilfe aber, der bald an die frische Luft gesetzt wird, steht, sobald er in eine andre Druckerei kommt, das ganze Elend seiner Ausbildung und möchte sein Leben verfluchen.

Ich meine nun, gegen solche Schiebungen, wovon jeder Kollege erzählen kann, muß im Interesse eines tüchtigen Nachwuchses einmal ganz energisch Front gemacht werden. Es muß erwogen werden, ob die praktische Prüfung der Lehrlinge nicht in der Lebrdruckerei, sondern in andern Räumen zu erfolgen hat. In größeren Städten mit meist gut ausgebildeten Fachwerkstätten kann sie in diesen erfolgen. In den übrigen Orten müßte jeweils eine Druckerei den aussernenden Gehilfen zwecks Anfertigung ihres Prüfungsfaches zur Verfügung stehen.

Wenn dieser Weg beschränkt wird — und er kann beschränkt werden —, wird die Unfähigkeit vieler unserer Gewerbeangehörigen stark abnehmen, und es wird manche Druckerei entdeckt werden, wo die Lehrlinge nichts lernen können.

G. N., Chemnitz.

Luzerner Kongressbilder

IV.

Vortagung des dritten Tages

Nachdem der Komplex von Fragen und Beratungspunkten, dem mit „Der Krieg und die Buchdruckerinternationalen“ der passendste Titel zu geben wäre, nunmehr glücklicherweise erledigt war, wurde zu Einzelfragen geschritten, und zwar zunächst zu der von Holland gewünschten Ansprache über die Tarifgemeinschaften.

Von der Wal schlieferte, wie sie zu einer Landestarifgemeinschaft mit Organisationszwang gehören können. Auch der Kampf gegen die Schmutzhöcker, die Befestigung der Druckpreisunterbiefung bilden einen Bestandteil des Tarifs. Die Gehilfen müßten eventuell aufhören in den Druckereien, die in Preisunterbiefungen groß sind. Die Druckpreise wären dadurch in die Höhe gegangen, die Löhne natürlich auch. Es habe sich infolgedessen allerlei Widerstand gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker geltend gemacht, auch von der Arbeiterchaft erlebt sie Vorhaltungen. Wegen der Drucksachenverfeuerung erfahre die Tarifgemeinschaft Bekämpfung. Man habe schon allerlei Zumutungen an sie gestellt, worauf sie aber nicht eingehen würden. Auch künde ein Gesetz in Aussicht, durch welches die Tarifverträge geregelt und angeheißt zu hohe Lohnhöhen daraus verbindlich werden sollten. Er wünsche zu wissen, wie in den andern Ländern es mit dem Tarifwesen bestellt und welches die Aufnahme bei der Arbeiterchaft wäre.

Geiz: Deutschland habe ähnlich wie Holland sehr den Organisationszwang gehabt in der Tarifgemeinschaft. Es sei das von 1906 bis Ende 1907 gewesen. Auch sei die Bekämpfung der Schmutzhöcker ebenso geregelt wie in Holland. Die Drohung mit der Entziehung der Gehilfen genüge schon in fast allen Fällen, um gefährliche Schleuderei von ihrem Tun wieder abzurufen. Die äußere Kraft der Organisation sei also meistens ausreichend, um Nennerei einzutreten zu lassen. Aus andern Arbeiterkreisen hätten wir nicht groß etwas bemerkt von Einwendungen, auch über Vorwürfe wegen Drucksachenverfeuerung aus dem Verhältnis der Tarifgemeinschaft heraus könnte nichts Besonderes gesagt werden. Wenn der Staat und die Gemeinden die Gehälter erhöhen, dann greifen sie zu dem Auswege der Steuererhöhungen; es könnte also doch kein Unrecht der Buchdrucker sein, wenn die Drucksachen infolge Herbeiführung geregelter Lohnverhältnisse und angemeßener Druckpreise etwas teurer würden. Die Frage der Tarifverträge und der Tarifgemeinschaften sei nun nach der Revolution in Deutschland akuter geworden. Die Debatten auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress wären darüber heftig gewesen wegen der Arbeitsgemeinschaften, die eine höhere bzw. erweiterte Form der Tarifgemeinschaften darstellen und die in neuerer Zeit aufgetaucht seien. Der Achtstundentag wäre in Deutschland durch die große Arbeitsgemeinschaft des Zentralverbandes der Unternehmerorganisationen und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herbeigeführt worden, erst nachher habe ihn die Revolutionsregierung zur Vorfrist gemacht. Durch die Arbeitsgemeinschaft sei auch der zentrale Abschluß von Tarifverträgen in allen Industrien und Gewerben zur Pflicht erhoben worden. Der Nürnberger Gewerkschaftskongress habe mit über Dreierlei mehrheit für die Arbeitsgemeinschaft und die Tarifverträge votiert. Auch hier wäre zu empfehlen, eine Resolution zu fassen, die Tarifgemeinschaften und deren Erweiterungen als der Arbeiterchaft dienlich erklärt.

Pochop: In Osterreich sei es wie in Deutschland, auch bei ihnen hätten die Tarifverträge allgemeine Einführung gefunden. Die osterreichischen Buchdrucker hätten aber mit ihrer Tarifgemeinschaft keinen Organisationszwang verbunden gehabt. Gegen die Schmutzhöcker werde ähnlich wie in Deutschland vorgegangen, die Gehilfenchaft hätte daran auch ein Interesse. In Osterreich seien mit den Tarifgemeinschaften gute Erfahrungen gemacht worden, die andern Arbeitergruppen wären nach den Buchdruckern auch mehr und mehr dazu übergegangen.

Goldmann: Er könne sich über den Standpunkt von Geiz nur freuen. In der Schweiz würde sich die Tarifgemeinschaft von den Radikalen angefochten. In Zürich, Schaffhausen und in der Ostschweiz nehme man an, durch die direkte Aktion und Generalstreiks mehr zu erreichen. Die übergroße Mehrheit der Buchdrucker halte aber fest zur Tarifgemeinschaft. Er wünsche eine Erklärung von dem internationalen Kongress für die Tarifgemeinschaften.

Von der Wal: In Holland werde von den andern eingewendet, man solle mit besseren Maschinen arbeiten, dann würden die Drucksachen nicht so verteuert. Es würden auch mehr und größere Maschinen aufgestellt, da aber der Druckpreistarif gleiche Berechnungssätze vorlebe, wäre der Trieb zur Produktionsverbesserung nicht sehr vorhanden. Man konstruiere aus der Tarifgemeinschaft mit dem Druckpreistarif sogar einen Rückgang des Gewerbes. Er könne aber sagen, daß so mehr eine Arbeitsverteilung stattfinden.

Geiz erklärte, die Produktionsverbesserung komme doch der Qualität zugute.

Klein: In Deutschland werden durch den Druckpreistarif Qualitätsunterschiede wohl herbeiführt, unser Gewerbe sei gewiß nicht durch ihn zurückgegangen. Die Preisunterbiefung habe der technischen Produktion keinen Schaden gebracht.

Frank erinnerte daran, auf welche hochstehender Stufe sich das deutsche Buchdruckgewerbe auf der durch den Krieg leider zusammengebrochenen „Bugra“ in Leipzig 1914 repräsentiert habe. Sie sei überhaupt eine glänzende Weltanschauung des graphischen Gewerbes gewesen. Nicht im geringsten hätte man merken können, daß das Buchdruckgewerbe infolge von Vereinbarungen, wie Tarifgemeinschaft und

Druckpreistarif, zurückgegangen wäre. Das gerade Gegenteil sei augenfällig gewesen. Nicht einmal der lange Krieg mit seinen großen Zerstörungen habe der technischen Leistungsfähigkeit untes Gewerbes und der Maschinen, Farben usw. für uns lesenden Industriezweige Abbruch zu tun vermocht. Das sei von Auslandsbeisetzern der Leipziger Herbstmesse ausdrücklich anerkannt worden, die sich gefreut haben, nun wieder die Druckerelastikmaterialien aus Deutschland beziehen zu können. Wenn man in Holland gegen die Buchdrucker Einwendungen erhebe, wie sie von dem holländischen Delegierten hier zu hören waren, so sollte man sich nicht daran heften. Wenn auch Arbeiterkreise sich daran befeßigen, so wäre das kurzfristig. Die geordneten Verhältnisse, wie sie auch aus angenehmen Druckpreisen resultieren, klagen doch in erster Linie um Vorteil der Gehilfen aus. Die mit schlechten Pressen arbeitende Schmutzhöcker untergrabe das Lohnniveau der Gehilfen direkt und indirekt durch die bei ihr typische Verbringungsart. Die Tarifgemeinschaft in Deutschland habe dieses letztere, in der Provinz außerordentlich groß gewesene Übel erst durch jahrelange Bekämpfung zurückgedrängt und annehmbare Zustände zu schaffen vermocht. Der Krieg habe darin nur allerdings einen Rückschlag gebracht. Wer seien denn die Streiks eigentlich, die sich gegen eine geregelte Preisfestsetzung wenden? Alle Auftragsgeber, die nicht gern bezahlen, die ihre Arbeit aber sehr gut zu berechnen verstehen! Sie hätten in ihren Gewerben meistens schon lange Zeit Preiskonventionen, von denen eine recht scharfe Handhabung ausgehe. Die Gehilfen seien nur die Leidtragenden, wenn es nach dem Willen dieser Leute gehen würde; man sehe das in Deutschland an der Opposition der Buchverleger gegen die Preisunterbiefungen. Es sei gar nicht wahr, daß der Druckpreistarif für nichtleistungsfähige Firmen ein Schutzmittel darstelle. Im deutschen Buchdruckgewerbe wäre der Wettbewerb durchaus nicht unterbunden, im Gegenteil scharf. Wer einen Druckauftrag schnell und gut erledigt haben will, der suche die leistungsfähigsten Druckereien auf, die mit allen modernen Produktionsmitteln arbeiten. In diesen sei auch der weitaus größte Teil der Gehilfenchaft tätig, und sie wären auch mit ihren ganzen Einrichtungen und in hygienischer Hinsicht den andern überlegen.

Klein: In Deutschland besthe die Tarifgemeinschaft ja schon seit 1873. Sie habe in ihrer Frühzeit nur eine lose Basis gehabt. Die Gehilfenchaft hätte allein für die Durchführung der von den Tarifkörpern gefassten Beschlüsse zu sorgen gehabt. Im Jahre 1896 wäre dann nach einer eigentlich tariflosen, für die Gehilfen nur nachteiligen Periode von 1892 an die Tarifgemeinschaft auf ein festes Fundament gestellt worden. Das Tarifamt wurde damals gegründet und habe sich sehr gut bewährt. Die Prinzipale müßten nun ebenfalls für die Tarifsache mitarbeiten. Es sei mit der Zeit viel an Ordnung im Gewerbe erreicht worden. Die Eindämmung der Lehrlingszucht wäre ein Haupterfolg. Die durch die Tarifgemeinschaft und den Druckpreistarif eingetretene Regelung der Bezahlung von Druckarbeiten verhindere gerade deren Abwanderung in die Provinz, wenn dort billiger geliebert werden könnte. Daß die großen Druckereien zu den gleichen Pressen arbeiten müßten, sei kein Fehler; die Arbeit komme so in die größeren Offizinen. Diese zahlten meist auch höhere Löhne, weil dort die vielen zusammengeführten Kollegen eher mehr durchzudrücken vermögen, als das Minimum ausmache. Früher — 1896 und nächstfolgende Jahre — wären auch die deutschen Arbeiter schwer gegen die Buchdrucker wegen deren Tarifgemeinschaft losgegangen. Das sei aber ganz anders geworden, indem Tarifverträge überall bestanden und Reichstarifgemeinschaften immer mehr angekrebt werden. Zuletzt, vor der Revolution, hätte es in Deutschland nur noch eine Kategorie von Tarifgemeinschaftsfeinden gegeben, das seien die Schwerindustriellen gewesen. Aber auch diese wären nunmehr auf einem andern Standpunkt angekommen. So bemerkenswert wäre also in Deutschland die Entwicklung in bezug auf die Tarifgemeinschaften vor sich gegangen. Es kämen im ganzen vielleicht nur drei Fälle in Betracht, wo Gehilfen zur Arbeitsleistung schreiben müßten, um ihren Prinzipalen die gewohnheitsmäßige Preisunterbiefung auszutreiben.

Es gelangte hierauf die nachstehende von Geiz eingereichte Resolution einstimmig zur Annahme:

Der internationale Buchdruckerkongress ist nach eingehender Behandlung der Frage der Tarifgemeinschaft aff und unter voller Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse zu der Auffassung gekommen, daß die bisherige Zahl in betreff Organisation und Tarifgemeinschaft sich völlig bewährt, und daß keine Veranlassung gegeben, hier prinzipielle Änderungen herbeizuführen. Die konsequente Fortführung der Tarifgemeinschaftspolitik wie die eventuelle Einführung von Landestarifgemeinschaften wird deshalb als eine Hauptaufgabe der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen angesehen.

Darauf wurde die Frage der Nachtarbeit zur Behandlung gestellt, wie es vom Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes ordnungsgemäß zur Tagesordnung beantragt worden war.

Vorsitzender Schlumpf: In der romanischen Schweiz sei vielfach die Nachtarbeit zu gestiegen, daß jede Nacht und jede Sonntagnacht gearbeitet werde, also 365 Tage im Jahre. Die Bestrebungen, hierin Änderungen einzutreten zu lassen, hätten aber bei den Kollegen selbst Widerstand gefunden. Es sei eine große Opposition der Interessenten gegen die Abänderungsveruche einsetzt worden. Das Zentralkomitee und die Mehrheit der Kollegenchaft hätten sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, es müsse etwas geschehen gegen solche Zustände. Die Prinzipale verhielten sich wegen der Konkurrenz der französischen Presse ab-

lehnen, auch in der romanischen Schweiz gäbe es fast nur Tagesverkauf der Zeitungen. Man habe nun Verbindung gesucht mit dem französischen Verbandvorsitzenden. Meisters Antwort lautete, in Frankreich die Nachtarbeit abzuschaffen, halte äußerst schwer. Die Schweiz habe sich dann entschlossen, an den internationalen Kongress mit dieser Frage heranzutreten. Auch an den Schweizerischen Bundesrat sei man heranzutreten, der es in seiner Macht habe, unter gewissen Voraussetzungen in bestimmten Gewerben die Nachtarbeit zu gestatten oder sie zu verbieten. Daraufhin habe man erlebt, daß die Arbeiter (nicht die Unternehmer) den Bundesrat angegangen seien, Zeitungsdruckereien als ununterbrochenen Betrieb gesten zu lassen! Die Gehilfenchaft in der romanischen Schweiz habe immer die höchsten Forderungen gestellt in bezug auf Feuerungsanlagen und Arbeitszeitverkürzung. Dadurch seien die Prinzipale dahingekommen, keinen Gehmach mehr an der Nachtarbeit zu finden; sie seien nun auf deren Abbau bedacht. Die Kollegen in der romanischen Schweiz würden also die Entschlüsse sein; ihre Taktik wäre falsch gewesen.

Geiz: Es sei zwar, ein völliges Verbot der Nachtarbeit herbeizuführen. In Deutschland sei man durch das im weiteren Verlaufe des Krieges erreichte Nachbaderverbot dazu gekommen, auch bei den Buchdruckern Stimmung für Befestigung der Nachtarbeit in den Zeitungsdruckereien zu machen, die Morgenblätter herzustellen. Hauptächlich komme die Zeitungsdruckerei Berlin in Betracht. Während die Gehilfenchaft in Rheinland-Westfalen völliges Verbot wollte, sei von den Berliner Nachtarbeitern, auch den Stillarbeitern, einmütig dagegen Stellung genommen worden; die Löhne und Arbeitszeit seien günstiger. In Rheinland-Westfalen beständen allerdings große Auswüchse in der Nachtarbeit, die man in Berlin nicht kenne. Die Sache sei sogar vor den Tarifauschuss gekommen; dieser habe erklärt, daß Nachtarbeitsverhältnisse, wie sie vielfach in den westlichen Industriebezirken anzutreffen wären, als unarbeitsfähig angesehen werden müßten. Man könne auch hier nur erklären, daß die Auswüchse zu befeßigen sind.

Von der Wal: In Holland sei ein Gesetz in Vorbereitung, wonach in Morgenblättern Nachtarbeit verrichtet werden kann, aber es müßten Schichten eingerichtet werden, so daß jeder nur einmal in der Woche Nachtarbeit zu leisten brauche.

Pochop: Während des Krieges sei in Osterreich schon Befestigung eingetreten, aber ein völliges Verbot der Nachtarbeit sei jedoch anzustreben. Ein andres Moment wäre die Ausnutzung der Seemannschaft. Der Schichtwechsel müßte dann doch ebenfalls unterbleiben.

Nemecsek: In der Tschecho-Slowakei gingen die Buchdrucker mit den Redakteuren konform gegen die Nachtarbeit vor. Es wurde erreicht, daß im allgemeinen von früh 5 Uhr bis abends 10 Uhr die Arbeitszeit gelegt werden könne; für Tageszeitungen sei jedoch bis früh 5 Uhr zugelassen. Im neuen Tarif solle im Einverständnis mit den Zeitungsjournalisten die Grenze bis 12 Uhr nachts gesetzt sein und dazu eine Stunde Jour kommen. Solange noch besondere Verhältnisse in jedem Lande beständen, könne ein allgemeines Nachtarbeitsverbot von einem internationalen Kongress nicht beschlossen werden.

Klein: Es sei sogar in den einzelnen Landestellen anders. Wie es Nemecsek wolle, dagegen würden wieder unsere Berliner sein; um 1 Uhr oder etwas später hätten sie keine Baderegelei mehr, die ein jeder wohl wegen der Entfernungen brauche, morgens sei das aber anders. Nachts hätten die Zeitungen auch einen besser funktionierenden und billigeren telegraphischen Dienst. Die Frühzeitungen seien die wichtigsten beizutragen. Man könne hier nicht weitergehen, es erklären, die Einschränkung der Nachtarbeit müsse jede Organisation als ihre Aufgabe betrachten.

Vinski: Aus gesundheitlichen Gründen wäre die Befestigung der Nachtarbeit vor zu begründen. In Kroatien würde nur sieben Stunden in der Nacht gearbeitet mit 50 Proz. Zuschlag.

Nemecsek: Eine allgemeine Abschaffung der Nachtarbeit in Zeitungsdruckereien sei allerdings nicht möglich, aber für Nachtarbeit kürzere Arbeitszeit durchzuführen, müßte geben.

Von der Wal: Wenn man, wie von Osterreich, sage, die Schmalmaschinen müßten ausgenutzt werden, dann würde schleunigst der Schichtwechsel kommen und Differenzen in der Kollegenchaft dazu. Es sollte überhaupt nur für Zeitungen Schichtwechsel zulässig sein.

Vorsitzender Schlumpf resümierte darauf: Die Einschränkung und Verkürzung der Nachtarbeit habe als erstrebenswertes Ziel für die angeschlossenen Organisationen zu gelten.

Von der Wal wünschte noch ausdrücklich zu sagen, daß andre Arbeiten (Werk usw.) für die Nachtarbeit überhaupt nicht in Betracht kommen.

Vorsitzender Schlumpf: Das sei selbstverständlich.

Auf christlichen Antrag des norwegischen Verbandes beschloß sich der Kongress darauf mit der Resolution: Die norwegische Organisation will die Pflicht zur Gegenseitigkeit auf diesem Gebiet aufgehoben wissen.

Barbel: Luxemburg erkläre sich gegen den Antrag Norwegen. Sie wünschten vielmehr, daß in den andern Unterfüßungsbezirken ein Ausbau der Gegenseitigkeit eintrete.

Vorsitzender Schlumpf: Die Franzosen seien laut einem Schreiben von Keuser für die Aushebung der Resolution, hingegen wünschten die Elsaß-Lothringer für alle Unterfüßungsbezirke die Gegenseitigkeit.

Vinski wandte sich ganz entschieden gegen die Aushebung der Resolution. Den jungen Kollegen sollte viel mehr Gelegenheit geboten werden, zu reisen und dadurch von andern Ländern zu lernen. Bis zum

40. Lebensjahre müsste sogar erstliche Reifeunterstützung gewährt werden.

Von der Wal: Wenn für Beibehaltung der Reifeunterstützung gesprochen werde, so sei er anderer Meinung. Wir würden England doch sonst nie zum Anschlusse gewinnen. In Holland reisende deutsche Kollegen hätten gar keine Kondition angenommen, weil sie über Rotterdam nach England reisen wollten. In Holland habe jetzt kein Prinzipal mehr das Recht, wegen Arbeitsmangels einfach Entlassungen vorzunehmen. Das Reife wäre überhaupt veraltet. Die modernen Verkehrsmittel mühten ausgenutzt werden. Wer nach Holland komme und habe Kondition, werde logischer als Mistgädel angesehen. Es sollte dahin gewirkt werden, daß ein jeder mit Unterstützung seiner Organisation in Kondition reisen könne.

Dworack: Die Frage wäre sehr wichtig. Die Reifeunterstützung sei das erste Bindemittel der Internationale gewesen, die wilde Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte sollte ausgeschaltet werden. Es wäre doch eine Entlastung des Arbeitsmarktes, wenn Unterstützung gewährt würde, um abzureisen. Bleibe alles am Platze liegen, dann nützte alle Tarife nichts. Unbegreiflich sei, wie Norwegen zu diesem Antrage kommen konnte. Es spreche ein gewisser Egoismus daraus. Im Jahre 1895, als die österreichischen Kronlandvereine sich zusammenschlossen, waren nur 312 Empfänger der Reifeunterstützung Österreichischer gewesen, 779 aber Ausländer. Im Jahre 1903 waren es 450 Österreicher und 1620 andre. Der österreichische Verband hätte also eher Erschließung mehr vorausgesehen für die Mitglieder aus andern Ländern als für die eigenen. Wenn man Reifeunterstützung nur an die eigenen Mitglieder zahlen wollte, so wäre man über beraten. Wenn auch (zum holländischen Delegierten gewandt) wenige Plätze nur zu belegen seien, so wäre es doch falsch, keine Unterstützung zu zahlen. Was habe das kleine Salzburg früher geleistet, das als Übergangspunkt aus aller Herren Länder benutzt würde?

Egger: Da die nordischen Länder gar nicht vertreten seien, sollte doch die debattirte Frage bis zum nächsten Kongreß vertagt werden. In Deutschland sei es immer lobenswert gewesen, zu reisen. Die Reifeunterstützung sei tatsächlich die Triebfeder zum internationalen Zusammenhänge gewesen. Einzelne Länder wären allerdings stark beliebt, vornehmlich die Schweiz; auch Holland wäre zu nennen. Die holländischen Kollegen reisen wenig in Deutschland, die norwegischen dagegen stark, trotzdem aber dieser Antrag Redner verlas hierauf Zahlen, wie viel von Deutschland an reisende Dänen, Norweger und Schweden gezahlt worden sei und frag, wie wohl die Gegenleistung aus jenen drei Ländern zu diesen etwa 90000 Mk. wäre. Schöne Holland auch keine Reisenden nach Deutschland, so seien von dort kommende Kollegen doch im Vorteile, da Deutschland kulantere Verhältnisse habe für Ausländer zum Besuche der andern Unterstützungen. In Paris habe man feinerer Artige ihm gegenüber geführt: 123 Deutsche wären durchgereist; er konnte aber feststellen, daß nur 23 wirkliche Deutsche in Betracht kamen, alles andre seien deutschsprachige Kollegen gewesen. Er erlaube nochmals, den nächsten Kongreß entschließen zu lassen, zumal überall die Arbeitsnachweise zur Einführung gelangten.

Von der Wal: Ich lasch ich nun der Simonskloberung bis zum nächsten Kongreß an.

Goldemann: Die Schweiz sei gewiß stark beliebt, trotzdem sei sie nicht für Errichtung einer ökonomischen Maxer. Im gleichen Augenblicke aber, wo Norwegen die Aufhebung der Reifeunterstützung in der Internationale verlange, fordere es von der Internationale Unterstützung für die Ausperrung bei sich!

Klein: Andre Länder würden gar nicht in die Lage kommen, Deutschland bei Streiks zu unterstützen; bei untrer Größe sei das wohl nicht möglich. Deutschland habe den letzten Pariser großen Streik mit 90000 Mk. unterstützt; es sei also nur ein ganz kleiner Ausgleich, wenn Frankreich an Deutsche Reifeunterstützung zu gewähren in die Lage komme.

Vorsitzender Schluß: Es sei also die Meinung dieses Kongresses, daß erst der nächste Kongreß zu einer Beschlußfassung über den norwegischen Antrag kommen solle.

Von der Wal: Dann blieben also auch die Bestimmungen über das Statutum bis dahin in Kraft? Allgemeiner Zuruf: Ja!

Egger: Er wolle noch bemerken, daß Deutschland unter den jetzigen Verhältnissen die Reifeunterstützung auch am Orte gewähre.

Damit Schluß des dritten Tages.

Italien in Berlin hatten einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin abgelehnt, auch der Demobilisierungskommissar lehnte es ab, den betreffenden Schiedspruch für rechtskräftig zu erklären, weil die Unternehmer der Berliner Ludospapierindustrie dadurch zu sehr belastet würden. Infolgedessen haben sich die Unternehmer vorliegenden der Reichsarbeitsgemeinschaft für Papierverarbeitung der Sache angenommen und die Parteien nochmals zu Verhandlungen zusammengeführt. Diese Verhandlungen führten zur Festlegung folgender Wochenlöhne: Männliche Arbeitskräfte in Lohngruppe A 97,50 Mk., Gruppe B 87,50 Mk.; Gruppe C 75 Mk. Diese Sätze steigen ab 1. Januar auf 100 Mk., 90 Mk., 77,50 Mk. Weibliche Arbeitskräfte erhalten in denselben Gruppen 50 Mk., 45 Mk. und 42,50 Mk. Am 1. Januar steigen die Löhne in den Gruppen A und B auf 52,50 Mk. und 47,50 Mk. Für jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren sind Wochenlöhne von 22,50 Mk. bis 35 Mk. festgelegt. Die Viktorlöse sollen zu bemessen werden, daß bei normaler Arbeitsleistung 15 Proz. mehr als im Wochenlohn verdient werden können. Viele Lohnsätze blieben zwar hinter denen zurück, die in dem von den Arbeitgeber abgelehnten Schiedsprüche vorgeleben waren, aber sie bedeuten eine bei den bisher am niedrigsten entlohnerten Arbeitskräften sehr erhebliche Verbesserung der alten Löhne. In einer Verammlung der betreffenden Arbeitergruppe wurde besond. daß der Streik sowohl in moralischer als in materieller Hinsicht einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt habe. Die einmütige Arbeitsniederlegung und das ebenso einmütige Aushalten im Streik haben ihren Eindruck auf die Unternehmer nicht verfehlt. Die Verammlung beschloß mit großer Mehrheit die Annahme der Vereinbarung, den Abschluß eines bis zum 31. März 1920 lautenden Tarifvertrags und die Wiederaufnahme der Arbeit.

Vom Druckschleier. Einen in der gegenwärtigen trostlosen Zeit nicht ganz unangenehmen Scherz leistete sich der uns Buchdrucker nicht selten ins Handwerk pfeisende schwarze Kobold, genannt Druckschleier, kürzlich in der Ankündigung einer Kammermusikvereinigung, indem er aus dieser Gesellschaft eine Kammermusikvereinigung machte. In der Redaktion der betreffenden Zeitung, deren Name und Erscheinungsort hier keine Rolle spielt, da solche Scherze überall einmal vorkommen können, fand man sich jedoch mit diesem Streiche des kleinen Satans in sehr humorvoller Weise ab und gab dazu in der folgenden Nummer den Lesern noch folgende Einsetzung bekannt: „In der Morgenausgabe Nr. 464 lese ich im Abschnitt: „Theater und Musik“, daß sich eine Kammermusikvereinigung für Blasinstrumente neu gegründet hat. Wie ist nur so etwas möglich? Wir haben doch jetzt so wenig Lebensfreude, und da finden sich noch Leute, die sich vereinigen, um durch Veranstaltung von Kammermusik einem dieses bishigen Lebensfreude zu verkümmern, und ausgerechnet auf Blasinstrumenten soll diese Kammermusik heranstellen werden. Oder will die Vereinigung dieser kümmerlichen Blasmusik ihren eignen Summe zum Ausdruck bringen? Sollte letzteres der Fall sein, so werden wir diese Musik ohne Murren über uns ergehen lassen, sonst haben wir an unserm eignen Summe ohne Blasmusik genug. Im Aufklärung wird geben, damit unser Summe besetzt wird. Ein Bekümmertes.“

Gültigkeit der Tarifverträge im besetzten Gebiete. Wie die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 41 berichtet, hat das Reichsarbeitsministerium auf eine Anfrage des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industrien über die Gültigkeit von Tarifverträgen im linksrheinischen besetzten Gebiete folgende Antwort erteilt: Abgeschlossene Reichsarbeitsverträge gelten, solange sie noch nicht für allgemein verbindlich für das Reichsgebiet erklärt sind, auch für die Vertragsstellnehmer im linksrheinischen Gebiet. Allgemein verbindlich erklärte Reichsarbeitsverträge haben im besetzten linksrheinischen Gebiete volle Geltung, also auch für solche Personen, die als Vertragsstellnehmer nicht in Frage kommen. Im Friedensvertrage sind entgegenstehende Bestimmungen nicht entfallen.

Warum streikt der Arbeiter? Diese Frage war für eine englische Zeitung kürzlich das Thema eines Preisauswreibens; für die beste Antwort war ein Preis von 10 Pf. Sterling ausgesetzt. Diesen Preis erhielt der Einsender folgender Antwort: „Als Arbeiter bin ich im Besitz einer einzigen Ware, das ist meine Arbeitskraft. Ich wahre mir das Recht, diese Ware am vorteilhaftesten zu verkaufen, indem ich mich bemühe, die möglichst besten Bedingungen zu erlangen, was übrigens der kapitalistische Unternehmer auch tut, der besorgt ist, seine Erzeugnisse zum höchsten Preise zu verkaufen. Wemmer abme ich nur die Methoden des Unternehmers nach, indem ich mich einer Gewerkschaft anschleibe, die den Preis bestimmt, für welchen ich meine Arbeitskraft verkaufen kann. Wir, die Mitglieder dieser Gewerkschaft, verpflichten uns, unsere Arbeitskraft nicht unter dieser Grenze zu verkaufen. Mein Arbeitgeber bestreitet mir das Recht, diese Methode anzuwenden, obgleich er selber von ihr den ausgebildetsten Gebrauch ohne Einschränkung macht. Ich erhalte keine Erzeugnisse nicht, solange ich mich weigere, sie mit dem Preise zu bezahlen, den er mir dafür abfordert, und wenn er mir für meine Ware nicht zahlt, was ich von ihm dafür fordere, so trete ich ihm nicht ab: ich streike.“ Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kann man diese Antwort ohne Bedenken unterschreiben. Denn es kommt darin die gewerkschaftliche Verpflichtung zur Anerkennung und Hochhaltung gemeinsamer Richtlinien und Grundsätze ohne jeden Vorbehalt zum Ausdruck. Es ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine wirtschaftliche Begründung des Streikrechts, das, ohne irgendwie geschrieben oder gesetzlich verankert zu sein, dem gelunden Menschenverstande gerecht wird, der nicht begreifen kann, daß dem

Arbeiter verwehrt sein soll, was der Unternehmer für die Wahrung seiner Interessen als selbstverständlich betrachtet. Für unsere Juristen, die sich wegen des Mangels eines bürgerlich-rechtlichen Streikrechts immer noch den Kopf zerbrechen und sich bei allen diesbezüglichen Entscheidungen nicht zu helfen wissen, könnte diese preisgekrönte Antwort als Wegweiser dienen.

Planmäßiger Zusammenschluß der Unternehmer gegen die Sozialisierung. Unter Führung des Sanfobundes organisierten sich neuerdings die Unternehmer in Handel, Industrie und Gewerbe und stellen große Mittel zur Verfügung, um eine großartige Beeinflussung der Presse gegen die Sozialisierung zu betreiben. Einem Rundschreiben des Sanfobundes vom 29. September entnehmen wir, daß das Präsidium deshalb den Beschluß gefaßt hat, an die Mitglieder mit der dringenden Aufforderung heranzutreten, dem Sanfobunde zur Deckung der durch die erfolgreiche Agitation und Arbeit gegen die beachtlichste Planwirtschaft entstehenden großen Ausgaben sowie zur weiteren umfassenden Bekämpfung der Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen und schließlich zu der bitter nötigen einheitslichen Organisation des gesamten Unternehmertums in Handel, Handwerk und Industrie, einen einmaligen Mindestbetrag von 50 Mk. zu zahlen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Arbeiter sich auf diesen Einigungsbestrebungen des Unternehmertums ein Beispiel nähme. So wie die Dinge zur Zeit noch liegen, könnten sich die Unternehmer ihre Mühe und besonderen Beiträge sparen. Die parteipolitischen Spaltungen der Arbeiterchaft lassen diese überhaupt nicht zu einer ernsthaft zu nehmenden Aktion für die Sozialisierung kommen.

Strategische Einsicht. Bekanntlich versucht sich Rudendorff jetzt in Zeitungskriegeln, da ihm der endgültige Erfolg in der Kriegskunst nicht beschieden war, und schließt dabei sein reaktionäres Herz recht ungerneht aus. Von maßgebender Stelle ist er dafür noch nicht auf die Finger geklopft worden, obwohl er schon bewußter oder unbewußter Verdröbungen überführt werden konnte. Jüngst ist ihm nun in einem Aufsätze: „Dem Generalfstab zum Abschied“, ein sinnentstellender Fehler oder eine unlieblame Doppeldeutigkeit unterlaufen. Es heißt zu Anfang des dritten Absatzes: „Der Generalfstab bereite mit dem Kriegsministerium den Krieg vor.“ Das soll wohl heißen, daß gemeinsam Vorbereitungen für den Kriegsfalle getroffen wurden; denn es ist nicht anzunehmen, daß er sich als Kriegsvorbereiter bei der Einreise in empfehlende Erinnerung bringen will. Wenn auch Fehler menschlich begreiflich sind, so kann dem Ueblinge der Reaktionäre doch nicht nachgelassen werden, daß er nicht einmal die Grundbedingung eines guten Stils, die Deutlichkeit im Ausdruck, völlig behericht.

Eine internationale Volkshochschule in Dänemark. In Kopenhagen soll eine internationale Volkshochschule errichtet werden, die dazu bestimmt ist, eine internationale Bildungsinstitution für die Arbeiterchaft aller Länder zu werden. Die Einrichtung der Schule wird der dänischen nationalen Volkshochschule, die sich allgemeiner Anerkennung erfreut, entsprechen. Als Unterrichtsfächer sind fremde Sprachen, Geschichte, Soziologie und Gesundheitslehre in Aussicht genommen. Die Schüler müssen in der Schule wohnen, der Unterricht ist unentgeltlich. Er soll von Lehrern aller Länder erteilt werden. Die Kosten werden durch eine Sammlung in Dänemark aufgebracht. Hauptsächlich hat der Plan, der die Annäherung der Völker besser vermittelt als jeder Völkerverbund, allen Erfolg, um das Gefühl der Solidarität unter den Arbeitern aller Länder zu stärken und zu festigen.

Briefkasten

H. A. G.: Gewiß, auch mit den Sozialisierungsartikeln sind wir ins Hintertreffen geraten. Der Raum des „Storr.“ wurde eben in diesem Jahre von Artikeln über Feuerung, Feuerungsanlagen, Feuerungsanlagenbewegungen und sonstige Fragen sowie von den dazu gehörigen Verhandlungsberichten mit den obigen redaktionellen Abwägungen in einem wohl außerordentlichen Maß in Anspruch genommen, daß alles andre darunter zu leiden hat. Da auch an Beräumungsberichten viel aufzulassen ist, haben wir folgende von den Ausschüssen gequillt, jetzt durch eine Reihe von Zeilen wenigstens einigermaßen mit den Sachen aufzuräumen. Die haben lange zurückstehen müssen. Wenn wir dann mehr nach sind und mancher Artikel unbeschadet um alle Notwendigkeiten ungeschriebene bleibt, dann muß natürlich wieder Beschränkung auf vier Seiten eintreten und eine Zeile zur Ausgabnahme gehören. — S. G. in B.: Ihre Zeitschrift, die Vorrede des „Storr.“ und die letzten Marginalien. — H. A. in B.: Entz. anhalten! — H. B. in B.: Von solchen „Publikation“ nehmen wir keine Notiz. Höchstens was bemerkenswert, das die betreffende Firma bei 30jähriger Geschäftszugehörigkeit eines ihrer Arbeiter ganze 25 Mk. übrig hat, um diese Zeile zu ihrem Geschäft zu bewerten. Der Firmeninhaber scheint demnach selbst den Wert seiner Firma sehr niedrig einzuschätzen. — S. C. in B.: Derartige Gutachten werden von uns im allgemeinen nicht abgelehnt, weil dazu genaue Kenntnis von dem Zustande sämtlicher Produktionsmittel gehört. Unter normalen Verhältnissen kann eine solche Arbeit in drei Stunden gut erledigt sein. Sie kann aber auch ebensolange dauern, wenn man Farbe, Malerwerk, Kleber, Papier usw. ungenutzt sind. Die Adressenliste bemerkt, daß der betreffende Drucker ziemlich vorzüglich gearbeitet hat. Wir empfehlen Ihnen aber trotzdem, solche Arbeiten in Zukunft an eine Spezialdrucker weiterzugeben. — S. B. in D.: Was werden wir dann schon in nächster Nummer bringen müssen. Warum nicht etwas früher eingelaufen? — H. A. in B.: Der um 24. September zugegangene Bericht befindet sich in heuliger Nummer. — W. A. in Halle 1. W.: 2, 30 Mk. — S. A. in B.: Ihre Beschränkung des hiesigen Zeitungspostamt weiterzugeben. — H. A. in G.: Mitteilung von einer Zeile nicht eintragen; erwarten Sie den Bescheid. — Die Eintragung von eingelaufenen Artikeln ist in der letzten Zeit infolge der Krise, als das Geben der Dris-

o o o o Rundschau o o o o

Nachahmensewerte Beispiele. Unlählich des 25jährigen Geschäftsabstimmens der Buchdruckerei Georg Krause in Kalau (Wiederlauff) erblickte die Gehilfen je nach Beschäftigungsdauer 300, 150, 100, 30 und 20 Mk., die Wehrlinge und das Hilfspersonal je 20 Mk. Am Abend war das Personal mit seinen Angehörigen zu einem gemütlichen Beisammensein im Hause des Prinzipals geladen.

Vom Buchdrucker zum Staatspräsidenten. Kollege Weiss, der frühere Geschäftsführer der Buchdruckerei der sozialdemokratischen Partei in Dessau, wurde zum Präsidenten des Freistaats ernannt gewählt.

Buchdrucker im Gemeindefeld. In Aßk wurden die Kollegen Emil Albrecht und Robert Rantzenberg zu Stadtordnern gewählt.

Einigung in den chromolithographischen Anstalten in Berlin. Die Inhaber der chromolithographischen An-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 119 — Leipzig, den 14. Oktober 1919

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Die Kohlen- und Transportnot

Von allen Folgeerscheinungen des unsinnigen Krieges ist die Kohlen- und Transportnot mit die allerdrückendste. Aus ihr gehen laufenderlei andre Nöte hervor, unter der die Menschheit schon viel leiden mußte und noch mehr wird leiden müssen. Mit langer Sorge steht jeder dem heurigen Winter entgegen, wenn auch nicht ohne Hoffnung auf Überwindung, da es bisher immer noch gelang, durch Entbehrung der größten Schwierigkeiten Herr zu werden. Für den Hausbrand, für Schulen und andre Anstalten ist aber diesmal auch nicht teilweise vorgefragt; die Industrie, das Gewerbe, die Kommunen mit ihren elektrischen Werken und Gasanstalten und nicht zuletzt die Staatsbetriebe, insonderheit die Eisenbahn, leben nur aus der Hand in den Mund und können nur mit bedeutenden Einschränkungen die Betriebe aufrecht erhalten. Ganz besonders muß mit weiteren Einschränkungen des Personenverkehrs gerechnet werden. In Berlin mußte schon zu weitergehenden Maßnahmen geschritten werden, da die Lieferungen aus Ober-Schlesien anhielten, was von politisch-imperialistischer Seite in bezug auf die unsinnige sozialistische Erleichterung veranlaßt ist. Aber auch übergründliche Forderungen des Reichskommissars wurden durch teilweise Beschlagnahme der vorhandenen Bestände dazu bei, die oberstelektische Frage reichlich zu verpacken. Die Ludwig-Löwe-Mitteilungsstelle mußte bis auf weiteres ihren Betrieb einstellen und die Siemenswerke wurden auf halbe Arbeit gestellt. Zu einer vollständigen Stilllegung der gesamten Großberliner Industrie ist es, wie in der panikartigen Stimmung der damaligen Tage befürchtet wurde, glücklicherweise nicht gekommen. Nichtsdestoweniger blieb die Lage ernst, und sie ist es heute noch; auch in allen andern Städten. Alles, auch die Lebensmittelindustrie, wird davon betroffen, was schon zum Teil zur Folge hatte, daß die Verteilung ausblieb oder sich verringerte.

In Deutschland, das sich nur zu 10 Proz. selbstversorgen kann und auf die Hilfe der Nachbarländer und Entente angewiesen ist, ist die Krise schon weiter als bei uns. In Wien besonders ist das Elend groß. Die Betriebe stehen still, nur hin und wieder werden sie in Gang gesetzt; die Lebensmittel sind äußerst knapp. Hier muß man auf alles gefaßt sein.

Danach sind wir also noch besser dran. Aber um es so weit nicht kommen zu lassen, muß mehr vorgegriffen, vorgebeugt und durchgegriffen werden, jedoch an der richtigen Stelle! Die Einschränkungsbestimmungen stellen nur zu häufig den Saustall auf den Kopf und greifen tief ins Wirtschaftsleben ein. Zur Mittagbrot- und rechtzeitigen Abendbrotbereitung hat man schließlich nicht das Verhältniß, was zur Verfügung zu stellen. Wozu muß beobachtet werden, daß in den großen Wohnungen, Bars und sonstigen Vergnügungsorten bis in die späte Nacht hinein eine große Lichtverschwendung geübt wird. In Leipzig wurde z. B. eine Zeilung vor der Herbstmesse eine noch nie dagewesene Gasersparung durchgeführt, jedenfalls nur deshalb, weil gekleben, die Messtischeln mit großer Rücksichtlosigkeit zu können. Im übrigen sollte man für schärfste Rationierung und Kontrolle bei der Kohlenverteilung; für Beilegung des Schleichhandels, der ganz offensichtlich getrieben wird, und für billiges Holz und Sack. Die Bestandsaufnahmen müssen wirklich durchgeführt und das Abergquantum von Samstagslagern auf Stelle verteilt werden.

In durchgreifenden Maßnahmen hat die Regierung bisher keine glückliche Hand gehabt. Es muß aber wohl Erfolgversprechendes in wirtschaftlicher Beziehung im Gange sein. Das Wirken des Reichskohlenrats, der aus 50 Vertretern der bergbaulichen Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Verbraucher, des Kohlenhandels und der Wissenschaft besteht, ist nicht sonderlich in Erscheinung getreten. Wenn die neuerliche, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat bewilligte und nun allgemein durchgeführte Preiserhöhung von 10,50 Mk. die Löhne (einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer) auch nur zu dem ausschließlichen Zweck erfolgte, die Zergewerksöhne um durchschnittlich 4 Mk. aufzubessern, so kann man immer noch geistlicher Meinung sein. Es ist immer nur ein weiteres Anziehen der Schraube, eine Entwerfung unfers Geldes, die uns gefundenen Verhältnissen nicht näher bringt. Als positiv-seitige Mittel zu vermehrter Förderung und erhöhter Leistungsfähigkeit muß die Entlohnung nach der wirklichen Arbeitsleistung angesehen werden. Die Abstellung der in den Bergwerken eingelegten Minderheiten versteht sich am Naude. Den Bergleuten kommt es schon selbst immer mehr zum Bewußtsein und bei den Eisenbahnern dümmert es gleichfalls, daß der Lohn im Verhältnis zu der geleisteten Arbeit stehen muß.

Die im Kriege begründeten Ursachen der Kohlennot liegen klar auf der Hand. Nur will es eine, offensichtlich von deutsch-nationaler Seite gespeiste Presse nicht begreifen; auch amtliche Publikationsorgane sind darunter, die es früher nie wagten, wider den Stachel zu stehen. Gegen die Bergarbeiter wird hier planmäßig Schärfe gemacht. Man spricht u. a. von Arbeitsunlust, von einer 3/4- oder 5/4-stündigen Arbeitszeit oder von einem Sechsstundentage, der in Wahrheit einer vierstündigen Arbeits-

zeit gleichkäme, und gibt den fortwährenden Streiks die Schuld. Gewiß muß bis zu gewissem Grade ein Schuld gesprochen werden. Aber am allerwenigsten dürfen es die, einzigen Streiks sein, die die Grundursache, den Krieg, in erster Linie auf dem Gewissen haben. Neben der geschwächten Leistungsfähigkeit durch Unterernährung muß verzeichnet werden, daß sich die Bergleute vor den Wagen der Überradikalen spannen ließen. Ganz besonders hatten die unklugen politischen Streiks die Förderung zurückgehen lassen und die wenigstens teilweise Eindeckung für den Winter hintangehalten. Die Bergleute sind, soweit sie es nicht schon früher waren, inzwischen allgemein zur Bettelarmut gekommen, und tun ihre Pflicht im Interesse des Gemeinwohls, trotz fortgesetzter Verbeugung. Es ist festzustellen und wird auch in Interniererbältern anerkannt, daß sich die Förderung pro Mann überhaupt nicht verringert hat. Von einem Stehlenbarone der Preussberg-W. wird sogar bestätigt, daß sich die Leistung einer Belegschaft p. Kopf und Schicht in der unruhigsten Zeit von 0,65 auf 0,80 t gehoben habe. Auch die Erforschung der Arbeitsverhältnisse im Ruhrbergbau durch eine Regierungskommission hat ergeben, daß die Förderung im Mai-Juni sogar das letzte Friedensjahr übertraffen hat. Um die Kohlennot für die Arbeiterklasse zu lindern, werden von den Bergleuten jetzt vielfach freiwillig Sonntagschichten gemacht, was den guten Willen aus beste beweist. Das geht natürlich gegen den Strich der „Weltverbesserer“ nach Dr. Eisenhart. Sie reisen im Land umher und verurteilen den Bergleuten klarzumachen, daß die Früchte ihres edlen Schweißes der Arbeiterklasse gar nicht zugute kämen. Man sieht in einer Katastrophe durch die Kohlennot das beste Mittel zur Erreichung seiner zum sicheren Anzuges führenden Ziele. Deshalb mit Eifer dieses verwerfliche Tun, was der Arbeiterklasse endlich die Augen öffnen und ihr zum Bewußtsein bringen sollte, daß dieser Weg niemals zur Einigkeit des Proletariats führt.

Des weitern muß die Schuld am Rückgange betriebstechnisch dem Raubbau während des Krieges zugeschoben werden. Die besten Stöße wurden abgebaut und die maschinellen Einrichtungen in Grund und Boden gearbeitet oder sonstwie vernachlässigt. Daher geht die unproduktive Förderung durch den Abbau schlechter Lager, die wenig hehrwürdigen Brühlets und die Kohle sogar mit Kies oder laubem Gestein bis zu 15 Proz. Der unnütze Transport des Gesteins belastet die knappen Verkehrsmittel und der dadurch bedingte Mehrverbrauch der Konsumgüter nicht unerheblich. Deshalb muß Abhilfe geschaffen werden. Oder darf das privatkapitalistische Interesse des einzelnen auch heute noch über einer rationalen und gesunden Volkswirtschaft stehen? Im übrigen lassen die Kohlenbarone zum Teil auch weiter die Dinge mit ungläublicher Flüssigkeit gehen, wie sie wollen. Sie haben kein Interesse an einer gedeihlichen Volkswirtschaft, sie können nur ihren Eigennutz, um den sie sich durch die kommende Sozialisierung gebracht sehen. Nur ein Beispiel: Durch den unerklärlichen Mangel an Preßluft, die zum Antrieb aller Maschinen unter Tage notwendig ist, arbeiten die maschinellen Einrichtungen nur zum Teil oder stehen still. Die Kohlen können nicht abgefahren werden und der Bergmann ist zur Unfähigkeit gezwungen. Solchen Zuständen gegenüber sind die Bergleute machtlos. Die Besitzer oder deren beauftragte Ingenieure müssen dafür unverzüglich zur Verantwortung gezogen werden, ehe es zu spät ist. Es sieht mehr nach Sabotage als nach Unfähigkeit aus! Wie verurteilt, ist eine technische Kommission dabei, alle Bergwerke auf ihre Mängel hin zu prüfen und gegebenenfalls ihre Beilegung zu veranlassen. Hoffentlich macht sie auch ganze Arbeit.

Eine große Anzahl Kohlenfelder (man spricht von über 20000) soll überhaupt nicht in Betrieb sein. Andererseits wird in verschiedenen Gegenden angelehnt der Transport versucht, wegen Unrentabilität stillgelegte Gruben wieder in Betrieb zu setzen. Auch Schleier, zum Feuern für Hochöfen, wird bei Hannover jetzt neu abgebaut. Es fehlen aber allgemeine Arbeitskräfte, und das in einer Zeit, wo eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit herrscht. Wer bis heute in seinen Berufe noch keine Arbeit gefunden hat, der muß es mit der Kohlengräber, mit der Förderung der schwarzen Diamanten versuchen, von denen jetzt alles abhängt. Die Rücken der Gefallenen und der lebenden Fremdarbeiter müssen wenigstens ausgefüllt werden. Als ein unnützes Glied in der menschlichen Gesellschaft wird sich jeder auch nur halbwegs gesunde Mensch vorkommen müssen, wenn er weiter untätig bleibt oder Erwerbslosenunterstützung bezieht. Von bürgerlicher Seite ist versucht worden, mit gutem Beispiele voranzugehen. Es bleibt aber leider bei dem Versuch und macht keine Schule. Wohl, es gibt genug gesunde und kräftige Naturen, die keine Körperliche Vorkühnheiten. Tönen gegenüber muß ihnen Endes der Zwang eingeführt werden. Es muß jeder a. d. e. Arbeit gehen und, wenn es sein muß, auch eine größere verrichten. Eingewöhnen und wohl fühlen läßt sich schließlich überall, wo man sein Brot hat, was im sozialistischen Staat nur derjenige essen darf, der wirklich arbeitet, geistig oder körperlich.

Die Kohlennot wird vergrößert durch die Transportkrise. Die Entente nahm uns das beste Wagen- und Lokomotivmaterial fort und ließ uns nur das verbrauchte

oder reparaturbedürftige. Der Rückgang der Produktion in den Eisenbahnwerkstätten wird mehr einem passiven Widerstand infolge überradialer Verbeugung, als den natürlichen Folgen der Überspannung und Unterernährung zugeschrieben. Auch der Eisenbahner muß allgemeiner und im eigenen Interesse zur Einflucht kommen; hoffentlich aber ohne Polzeimittel, unter dem er früher so willig und ergeben war. Der Schwelch des Kohlenarbeiters ist unmissbar vergossen, wenn er nicht durch den Eisenbahner unterläßt wird. Beide zusammen im Vereine mit folgerichtigen Maßnahmen der Reiterungsstellen können eine Besserung der Kohlenlage herbeiführen. Im übrigen sollte wenigstens das betriebsfähige Material richtig genutzt und überall dorthin geleitet werden, wo es gebraucht wird. Da stehen hunderte, ja tausende Waggons und dementsprechend Lokomotiven auf den Bahnhöfen herum und zur Abfuhr der Kohle stehen sie. Die Kohlen müssen unnötig auf Halben geschleift werden, worunter die Qualität leidet. Auch der Wasserweg wird nicht richtig ausgenutzt, was allerdings keine Ursache darin hat, daß die privatkapitalistisch betriebene Schiffsahrt jetzt teurer ist als die Eisenbahn; das war vor dem Krieg umgekehrt. Wenn aber die Verlorenung darunter leidet, muß die Nichtbenutzung streng verurteilt werden. Das neue Reichsverkehrsmittel, das alle Verkehrsmöglichkeiten umfaßt und am 1. Oktober in Wirklichkeit getreten ist, wird seine Hauptaufgabe in der bestmöglichen Ausnutzung und Verteilung der Verkehrsmittel erblicken müssen, deren Lösung ihm hoffentlich gelingt. Im übrigen aber Maßnahmen, die uns vorwärts, nicht aber rückwärts bringen!

Die Kohlennot ist international. Die Förderung ist durch den Krieg auch in den andern Ländern zurückgegangen. Bei uns wird es nur wesentlich verschlimmert durch den Zusammenbruch und die harten Lieferungsverpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt. Es wurde im ersten Jahr eine unerfüllbare Lieferung von 43 Millionen Tonnen verlangt. Auf eine Sicherstellung des notwendigen Eigenverbrauchs ließ sich die Entente nicht ein und formulierte ihre Forderungen endgültig dahin, daß die Jahreslieferung 20 Millionen betragen muß bei einer Gesamtförderung von etwa 108 Millionen Tonnen, bis zu 128 Millionen 60 Proz. und darüber hinaus 50 Proz. Natürlich können auch diese Bedingungen unter den jetzigen Umständen nicht erfüllt werden. Die in Verbindung damit zugewiesenen Lebensmittel zur Hebung der Arbeitslust machen die Bedingungen nicht schmachhafter. Merkwürdig bleibt dabei, daß gerade diejenigen Kreise, die das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, am meisten für die Unterzeichnung der harten Bedingungen gewirkt zu haben, das gerade Gegenteil tun, was zu seiner Erfüllung führen kann, um nachher der ganzen Welt zu sagen, daß die Regierung nichts tut, die eingegangenen Bedingungen zu erfüllen. Das ist „Logik“ nach eigenem Rezept.

Der bekannte Zergarbeiterführer und Volksherr Otto Hue machte im „Vorwärts“ einen Vorschlag zur internationalen Regelung der Kohlenfrage. Seine Ausführungen, die eine erste Mahnung an das internationale Gewissen bedeuten, lauten: „Wir gehen einer Weltkatastrophe entgegen, wenn es nicht gelingt, mit größter Beschleunigung eine, wenn auch nur halbwegs leidliche Kohlenversorgung Europas vor Eintritt des Winters herbeizuführen“. Hue sieht mit Recht die Katastrophe über ganz Europa hereinbrechen, und wenn auf dem Versailler Vertrag bestanden würde, dann wäre unser Wirtschaftsleben glatt erlitten, was wie ein Präriebrand auf die andern Länder überspringen würde. Er schlägt vor, die europäische Kohlenversorgung nicht nach herkömmlichen Handelsverträgen des privaten Kohlenhandels zu regeln. Er sieht die Rettung in der Errichtung einer internationalen permanenten Kommission für die soziale Regelung der Kohlenwirtschaft. Hierin dürfte es keine „Sieger“ und „Besiegte“, sondern nur Gleichberechtigte geben, welche die Aufgabe haben müßten, die verfügbaren Mengen zu kontrollieren und zuerst die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Ebenso müßte die Transportfrage international geregelt werden.

Wir können uns diesen durchgreifenden Vorschlägen nur anschließen. Von der Entente wird aber bei der bekannten Zurückhaltung nach den gemachten Erfahrungen auf kein sonderliches Entgegenkommen zu rechnen sein, so daß wir uns selbst helfen und abwarfen müssen, bis sie vielleicht die Unerfüllbarkeit doch noch einsieht. Und sie muß es, wenn sie ihren eigenen Verfall nicht selbst vorbereiten will.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Kollege Adolf Schulze aus Frankfurt an der Oder, seit langen Jahren als Seher im „Berliner Tageblatt“ tätig, begehrt am 19. Oktober die Feier seines 50-jährigen Berufsjubiläums. Zu dessen Ehren veranstalten seine Mitkollegen eine Familienfestlichkeit am Sonntag, dem 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr beginnend, im F.-Hof, des „Schultheiß“, Alle Jakobstraße 24/25, Ecke Schmidtstraße.

Wittenfeld. Die gulbesuchte Versammlung am 6. September beschloß sich nebst Erledigung verschiedener Tagesordnungspunkte mit dem Ergebnis der letzten Tarifauschussung. Das in materielle Beziehung für die Probedruckerei erzielte Ergebnis wurde seitens der Versammlung nicht nur als mager, sondern als ganz und gar traurig bezeichnet, besonders die wiederum vorgesehene Staffelung der Feuerungszulagen fand schärfste Verurteilung. Seitens der Versammlung wurde es als eine vollständige Verhöhnung der in der Provinz bestehenden mäßigen Wirtschaftsverhältnisse bezeichnet, die Feuerungszulagen einfach nach den Lokalschutzklassen festzusetzen. 3. B. ist Wittenfeld durch die am Orte stark vertretene Kohlen- und chemische Großindustrie als reiner Industriebezirk zu bewerten, die Lebensbedingungen hier am Orte sind genau dieselben wie in den benachbarten Großstädten Leipzig und Halle, da insolge des hierorts bedeutend geringeren Angebots von allen zum täglichen Lebensunterhalt notwendigen Produkten das Gebotene im Preis ebenso hoch wie in der Großstadt steht. Die Versammlung erachtete es für notwendig, die Gehilfenvertreter darauf hinzuweisen, daß es nicht angehe, die Probedruckerei bei der Behandlung ihrer Existenzfrage als Kollegen zweiter Güte anzusehen.

Bremerhaven. Unsere letzte Ortsvereinsversammlung beschloß sich nach Erledigung eigener Vorstandsmittlungen mit der letzten Tarifauschussung und brachte zum Ausdruck, daß der materielle Erfolg noch lange kein Ausgleich zu den hohen Feuerungsverhältnissen sei. An einen Abbau sei, wenn die Lebensmittelpreise fallen sollten, vor der Hand nicht zu denken. Die Erledigung der übrigen Punkte erwartete die diesjährige Gehilfenschaft von der nächsten Tarifrevision. Der Ausschuhsantrag gegen einen Kollegen wurde zurückgezogen, weil dann betreffenden Kollegen durch den Ausschuh die Erstzins vollständig unmöglich gemacht werden würde. Er wurde dem Gau resp. Verbandsvorstande zwecks Verhängung einer andern Strafe überwiejen. Wie an vielen andern Orten wurde auch hier eine ethnographische Vereinigung ins Leben gerufen, da fast sämtliche Mitglieder des Ortsvereins beitraten. Das dem jungen Verein an Material vollständig mangelt und ein Fonds zu dessen Anschaffung nicht vorhanden ist, werden alle diejenigen Vereine, die überflüssiges Material in ihrem Besitze haben, gebeten, dieses dem Verein überweisen zu wollen. Zur Empfangnahme ist Vorsitzender Sitages, Buchdrucker Otto Kemmler, Oeffemünde, gern bereit.

Danzig. Die Ortsvereinsversammlung am 11. September beschloß sich nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und Neuaufnahmen mit dem Ergebnis der letzten Tarifauschussung. Vorsitzender Radtke ging ausführlich auf die Beschlüsse ein und führte uns ihre Nicht- und Schattenseiten vor Augen. Er erklärte ferner, daß die Kollegen ihre Sonderwünsche zugunsten der Allgemeinheit zurückstellen müßten. Die Gehilfenvertreter hätten ihre ganze Kraft eingelebt, um dieses Resultat zu erzielen. Auch müßten die gefassten Beschlüsse respektiert werden, da jetzt kein Raum für Sonderbefreiungen vorhanden sei, namentlich in der ungewissen Situation, in der Danzig sich befinde. In der Debatte, in der die gefassten Beschlüsse einer scharfen Kritik unterzogen wurden, nahm auch unser Gehilfenvertreter das Wort, indem er noch einige Aufklärungen gab und auf die Schwierigkeit der Verhandlungen hinwies. Die Versammlung legte sich zum Schluß auf die am Gange hier gefasste Entschlußung fest. Der Ortsverein Danzig kann in diesem Jahr auf keine 25jährige Zugehörigkeit zum Verbands zurückblicken. Durch eine dementsprechende Feler soll der Tag festlich begangen werden.

Bezirk Frankfurt a. D. Am 21. September fand in Frankfurt a. D. eine Bezirksvertrauensmännerversammlung statt. Es waren vertreten die Orte: Troffen, Frankfurt, Friedeberg, Fürsteneiche, Guben, Strossen, Müllrin, Landsberg, Neudamm, Reppen, Schwiebus, Sommerfeld. Vieh und vom Gauvorsitzende Kollege Reinke (Stelln). In der etwa fünfständigen Sitzung wurde immer wieder, namentlich aus der Provinz, betont, wie sehr unglücklich die letzte Feuerungszulagenbewegung ausgefallen sei. Sämtliche Vertrauensmänner betonten, daß die den Gehilfen zugewilligte Feuerungszulage bei weitem nicht den jetzigen Verhältnissen angepaßt sei. Man war allgemein der Ansicht, daß die Staffelung der Feuerungszulagen in Fortfall kommen und an ihrer Stelle für sämtliche Orte eine gleiche Zulage treten müsse. Nach beßiger, für die Gehilfenvertreter nicht sehr vorteilhafter Aussprache wurde eine Resolution einstimmig angenommen und dem Gauvorsitzenden zur Weitergabe an den Verbandsvorstand übermittelt. Darin wird gefordert, noch in diesem Jahr eine Generalversammlung durch Urabstimmung einzuberufen, um zu den gegenwärtigen Lohnverhältnissen Stellung zu nehmen. Des weitern beschloß sich die Vertrauensmännerversammlung mit inneren Angelegenheiten des Bezirks bzw. der einzelnen Orte.

Gera. Der Anziehungspunkt zu unserer Bezirksversammlung am 14. September in Pöbneck war der Vortrag unseres Gehilfenvertreters König (Halle) über „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und die am 21. August stattgehabte Tarifauschussung“. Nachdem Vorsitzender Feustel die Erklärenen und den Referenten begrüßt hatte, gedachte er in ehrenden Worten vier verdienstvoller Kollegen. Die Versammlung ehrte deren Verdienste in üblicher Weise. Der dem Mitgliedern gedruckt vorliegende Stellenbericht gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Kassierer Rante forderte die Bezirksmitglieder auf, der Witwenkasse beizutreten. Die Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmig. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen König das Wort zu seinem Vortrag. Redner schilderte den Verlauf der Verhandlungen

des Tarifauschusses in eingehenden Ausführungen und erläuterte im einzelnen die dort gefassten Beschlüsse. In der Schlussion kam zum Ausdruck, daß der Antrag der Prinzipalität auf Abbau der Löhne nicht bloß eine Verhöhnung, sondern eine Herausforderung der Gehilfenschaft bedeute. Bedauerlicherweise sei auch diesmal den Gehilfenvertretern nicht gelungen, eine einheitliche Zulage zu erreichen, da die Lebensverhältnisse in den Provinzorten genau so teuer sind wie in einer Großstadt. In einer von Vorsitzenden verfassten Resolution, die einstimmig Annahme fand, kam zum Ausdruck, daß man mit dem Ergebnis der Tarifauschussung nicht zufrieden ist und beantrage, in Zukunft an Stelle der Feuerungszulage eine Erhöhung der Grundlöhne eintreten zu lassen. Den Gehilfenvertretern sprach die Versammlung für ihr entschledenes Eintreten im Interesse der Gehilfenschaft Dank aus. Erfreuliches, aber auch Un erfreuliches bekam man in den Berichten aus den Orten zu hören. Wenn auch die Verhältnisseverhältnisse manchem Kollegen die Teilnahme an solchen wichtigen Versammlungen unmöglich machen, so gereicht es doch den Orten Berga, Ronneburg, Schleiz, Sulpis und Zeulenroda nicht gerade zur Ehre, überhaupt nicht vertreten gewesen zu sein. Die durch den Bruch der Einigkeit der Arbeiter und Angestellten zur Tarifanerkennung gezwungene Firma C. Vogel (Pöbneck) kann es nicht unterlassen, die Meinung der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Infolge Mahnung eines Angestellten trat das gesamte Personal der Firma in den Ausstand. Der Gewerkschaftssekretär von Pöbneck gab der Versammlung noch einige Erläuterungen und den Grund der Mahnung bekannt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Wünschendorf bestimmt.

Hamburg. (Schrifflieber.) Eine am 15. September abgehaltene außerordentliche Generalversammlung nahm Stellung zu dem Glande unserer Bewegung zwecks Erlangung eines Normaltarifs, und zwar auf Veranlassung eines Orientierungschreibens der Zentralkommission. Einstimmig wurde die Fassung der Prinzipalorganisationsvorurteil. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Ausdruck in folgender Resolution: „Die am 15. September stattgehabte Versammlung verurteilt auf das Schärfste die Verschleppungstaktik der Prinzipalleitung in betreff des eingereichten Normaltarifentwurfs. Die Kollegen fordern die Vertreter auf, bei den Verhandlungen unbedingt an den gestellten Forderungen ohne jeden Abbruch festzuhalten, und die Konkretenbeschlüsse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen. Gleichzeitig fordert die Hamburger Kollegenchaft die Kollegen ganz Deutschlands auf, geschlossen hinter ihren Vertretern zu stehen.“ Mit dem Ergebnis, daß ferner geschlossen zusammenzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Süden-Bezirks. Am 31. August fand unsere Versammlung statt, in der Stellung genommen wurde zum Ergebnis der Tarifauschussung. Die Aussprache war eine sehr rege und das Ergebnis wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt. Die bewilligten Feuerungszulagen kämen in keiner Weise den notwendigen Bedürfnissen der Gehilfenschaft entgegen. Als ganz ungerechtfertigt erklärten die Versammelten den der Prinzipalität gelassenen Spielraum, im bestehen Gebiete besondere Abmachungen treffen zu können. Sie nehmen die jetzt bewilligten minimalen Sätze der Not der Zeit gehörend an und sprechen ihren Vertretern für ihre aufopfernde Fähigkeit Dank aus. Unser Vorsitzender Joseph Reichert ist in dem hiesigen Ortsartikel der freien Gewerkschaften ebenfalls zum Vorhiesenden gewählt worden. Zu seiner Entlastung wurde ein Kollege als Schriftführer dem Ortsvereinsvorstande neu hinzugefügt. Eine Reihe interner Angelegenheiten fand dann noch Erledigung. Die neue Feuerungszulage ab 1. Oktober wird von sämtlichen hiesigen Firmen gezahlt.

F-r. Nordhausen. Unsere am 13. September abgehaltene, gulbesuchte Versammlung beschloß sich in der Hauptsache mit dem Ergebnis der letzten Tarifauschussung. Es wurde von sämtlichen Kollegen das unzureichende Ergebnis einer scharfen Aussprache unterzogen. Sämtliche Redner sprachen sich gegen die in Berlin getroffenen Abmachungen aus und forderten ganz entschieden Umwandlung der Feuerungszulage in festen Lohn. Die Tarifauschussungen und deren Ergebnisse seien nur Fischwahn, welches uns nicht befriedige und die Notlage der Buchdrucker in keiner Weise bessere. Auch wurde die Einführung der Betriebsräte gefordert. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschlußung einstimmig angenommen. Danach stehen die Nordhäuser Mitglieder auf dem Standpunkte, daß das finanzielle Ergebnis der Tarifauschussung in keiner Weise den Forderungen der Mitglieder entspricht. Sie fordern, daß mindestens ein Teil der Feuerungszulagen in den Grundlohn eingerechnet wird. Der Kassierer berichtete ergab einen Bestand der Ortskasse von 323,36 Mk. Unter „Verschiedenem“ wurde mitgeteilt, daß einem hiesigen arbeitslosen Kollegen bei der Verabschiedung der städtischen Erwerbslosenunterstützung die Verbandsunterstützung in Abzug gebracht wurde. Gegen dieses unzulässige Gebahren werden vom Verbands die nötigen Schritte unternommen. Zum Schluß wurde noch von einem Kollegen angeregt, gegen die ungerechte Verteilung der Feuerungszulagen an zuständiger Stelle zu protestieren.

Regensburg. Am 12. September fand hier eine Versammlung statt, in der unser Gehilfenvertreter Kemmerich über „Die gegenwärtige Lage und die Beschlüsse der letzten Tarifauschussung“ referierte. In ausführlicher Rede gab er ein Bild von den Schwierigkeiten, die bei den diesmaligen Beratungen zu überwinden waren. Er betonte, daß es nur mit größter Mühe

gelingen sei, diese Zugeständnisse von den Prinzipalitäten zu erlangen, streifte auch die dieser Tagung vorhergegangenen Prinzipalitäten in Leipzig und Nürnberg, auf welchen die Prinzipalitäten mit allen Mitteln scharf gemacht wurden. In der darauffolgenden Diskussion wurde hauptsächlich darauf hingewiesen, daß das Ergebnis weit hinter der Summe zurückbleibe, die man fordern müsse, um eine einigermaßen auskömmliche Lebenshaltung zu ermöglichen. Gestreift wurde auch, daß man eben verstimmt habe, rechtzeitig mit dem Aufbau der Feuerungszulagen zu beginnen und zu lange gezögert habe, der Feuerung entsprechende Zulagen zu fordern. Wenn sich jetzt die Forderungen der Buchdrucker gehäuft haben, so sei dies nur ein Nachholen veräußelter Forderungen. Am Schluß der Diskussion wurde eine Resolution als Ausdruck der Stimmung der Regensburger Stollgenchaft einstimmig angenommen. Darin heißt es u. a.: Die vollständig versammelten Regensburger Gehilfen nahmen von den Beschlüssen der letzten Tarifauschussung Kenntnis. Sie sprechen den Gehilfenmitgliedern ihren Dank aus, bringen aber auch zugleich zum Ausdruck, daß das materielle Ergebnis der Verhandlungen keineswegs der gesteigerten Lebenshaltung Rechnung trägt und müssen es der Prinzipalität überlassen, die Folgen dieser verkehrten Lohnpolitik, die sich in steigender Unterernährung und damit sich lenkender Arbeitsleistung bemerkbar machen muß, zu verantworten. Gleichzeitig hofft aber die Gehilfenschaft, daß wenigstens bei der im Oktober stattfindenden Kreisversammlung dem Erwartern Rechnung getragen wird, für Regensburg den Lokalschutztag von 12 $\frac{1}{2}$, auf 17 $\frac{1}{2}$ Proz. zu erhöhen. Möge dieser Ruf auf der Gegenseite nicht ungehört bleiben. Auch dem Buchdrucker muß es möglich sein, für sich und seine Familie wenigstens die primitivsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Nachdem noch unter „Verschiedenem“ ein Antrag zugunsten der heimkehrenden Kriegsgelungen Mitglieder angenommen worden war, war die Tagesordnung erschöpft, und der Vorsitzende schloß mit Worten des Dankes an den Referenten und die so zahlreich erschienenen Mitglieder die Versammlung. Von auswärtigen Druckorten war Burglengenfeld vertreten.

Regensburg. In der am 11. September abgehaltenen Versammlung nahmen die Kollegen Stellung zu dem Ergebnis der letzten Tarifauschussung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Provinzialstädte durch die Staffelung der Feuerungszulagen den größeren Städten gegenüber zu sehr ins Hintertreffen kämen. Es wäre hier alles das, was man zum notwendigen Lebensunterhalte benötige, mindestens ebenso teuer, wenn nicht teurer als in den Großstädten. Die Unzufriedenheit in den Provinzorten habe allmählich den höchsten Gipfel erreicht. Eine dieser Stimmung Rechnung tragende Resolution wurde angenommen.

D. Speier. Am 14. September nahmen die tariffreien Gehilfen der Druckerei Speier und Gernersheim Stellung zu den Beschlüssen des Tarifauschusses. Infolge der in letzter Zeit besonders in der Walsch löst ins Nebenbasse steigenden Ausgaben für Lebensmittel, Hausbrand, städtische und staatliche Ausgaben fanden gerade die finanziellen Abmachungen keine günstige Aufnahme. Eine einstimmig angenommene Resolution besagt u. a., daß die Versammelten in Anbetracht der besonders im bestehen Gebiete sich so gleich steigenden Ausgaben für die gesamte Lebenshaltung eine höhere, mit sofortiger Wirkung geltende Feuerungszulage erwartet hätten. Sollte die Gehilfenschaft im kommenden Winter nicht großer Not ausgeht sein, sei es notwendig, daß von den maßgebenden Tarifinstanzen unverzüglich neue Verhandlungen in die Wege geleitet werden. Außerdem befaßt sich der Bezirksverein Speier vor, sich auf die Abmachungen der Bekanntmachung des Tarifamts berufend, zu Buchstabe B, Ziff. 3, Abänderung des Lokalschutztags betreffend, die Ansetzung an das Industriegebiet Ludwigshafen sowie die Einführung eines fünfprozentigen Lokalschutztags für den Druckort Gernersheim zu beantragen. Zum bevorstehenden mittelrheinischen Gaultag wurde noch Stellung genommen. Der beachtlichste Nicht-Eint der leibherigen Gauvorsichters Heinrich Fuhs wurde lebhaft bedauert.

Sonders. Unsere Versammlung am 14. September nahm ein Referat des Gaukassierers Pelsch (Ahl) über „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und die letzten Tarifverhandlungen“ entgegen. Die Versammlung erklärte sich im Punkte Feuerungszulagen nicht mit dem Vortragenden einverstanden; erklärte vielmehr, daß es eine vollständige Verheimung der bestehenden Verhältnisse durch den Tarifauschuh wäre, die Lage der Gehilfen in der Kleinstadt günstiger zu beurteilen als in der Großstadt. Hier in Nordhieswig sei sogar das Gegenteil zutreffend. Alle Bedarfsartikel, ja sogar die Meten, sind hier höher im Preise wie z. B. in Glensburg, Ahl und Hamburg. Die Versammlung erwartete, daß die Gehilfenvertreter in dieser Hinsicht bei der nächsten Tarifverhandlung mehr für die Kleinstadt herauszuholen werden.

Wittgen (Baden). Die Versammlungen in unserm Ortsverein gestalsten sich immer interessanter, da neben andern wichtigen Tagesordnungspunkten jeweils ein anderer Kollege einen Vortrag über belehrende Thema hält. Die Kollegen Neupert und Sagenbucher referierten in den letzten Versammlungen. In Zukunft finden die Versammlungen am zweiten Montag jedes Monats statt. Auf Antrag des Ortsvereins soll der Lokalschutztag von 7 $\frac{1}{2}$ auf 10 Proz. erhöht werden.

Verschiedene Eingänge

„Spielbuch für die arbeitende Jugend.“ Von Paul Böcher. Preis broschiert 2 Mk. Verlag Buchdruckerei Aktiengesellschaft. „Terrorismus und Kommunismus.“ Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution. Von Carl Lautsch. Preis 4 Mk. Verlag „Neues Vaterland“ Berlin W 92.